LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN
18. Wahlperiode

Drucksache **18/16473**

17.11.2025

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage 6558 vom 8. Oktober 2025
des Abgeordneten Dr. Dennis Maelzer SPD
Drucksache 18/16002

„Der Wolf im Schafspelz“: Was weiß die Landesregierung über den „rechten Aufmarsch“ in Detmold, den ein JU-ler organisiert hat?

Vorbemerkung der Kleinen Anfrage

„Der Wolf im Schafspelz“. So ist ein Kommentar in der Lippischen Landeszeitung überschrieben, der über einen „rechten Aufmarsch“ in Detmold am Tag der deutschen Einheit berichtet. Demnach handelt es sich bei dem Organisator des Treffens um den Vorsitzenden eines Kölner Stadtgebietsverbandes der Jungen Union, der zudem die Instagram-Seite „Gegen das Gendern“ betreibt. Zu den etwa 120 Teilnehmenden gehören Vertreter des rechts-extremen Spektrums. „Beobachter der extremen Rechten Szene erkennen bekannte Neo-Nazis in den Reihen wieder. Auch Mitglieder der AfD Lippe sind gekommen“ , heißt es in der Lippischen Landeszeitung. Gegendemonstrierende werden vom Initiator der Veranstaltung als „das linke Gesocks“ bezeichnet.

Der Minister des Innern hat die Kleine Anfrage 6558 mit Schreiben vom 17. November 2025 namens der Landesregierung beantwortet.

1. ***Welche Kenntnisse hat die Landesregierung über die so genannte „patriotische Wanderung“ am 3. Oktober 2025 in Detmold, die von einem Mitglied der Jungen Union in Köln initiiert wurde?***

2. ***Welche rechtsextremen oder rechtspopulistischen Gruppierungen oder Einzelpersonen haben nach Kenntnis der Sicherheitsbehörden an der Veranstaltung teilgenommen?***

4. ***Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung über die Ausrichtung des Instagram-Accounts „Gegen das Gendern“ vor?***

5. ***Liegen der Landesregierung Erkenntnisse über eine Vernetzung oder inhaltliche Zusammenarbeit zwischen dem Instagram-Account „Gegen das Gendern“ und rechtsextremen oder rechtspopulistischen Gruppen oder Akteuren vor?***

Die Fragen 1, 2, 4 und 5 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Datum des Originals: 17.11.2025/Ausgegeben: 21.11.2025

Bei dem in Rede stehenden Account „gegendasgendern“ handelt es sich um eine öffentlich zugängliche Instagram-Seite, auf der Inhalte und Beiträge veröffentlicht werden, in denen u. a. die Verwendung geschlechter-gerechter Sprache abgelehnt, und sich kritisch bis abwertend mit dem linken politischen Spektrum und der queeren Community auseinandergesetzt wird.

Durch den Instagram-Account „gegendasgendern“ wurde für den 3. Oktober 2025 eine Versammlung vom Hauptbahnhof Detmold zum Hermannsdenkmal beworben. Anlass sollte der Tag der Deutschen Einheit und dessen Feierlichkeiten sein. Die Versammlung wurde ordnungsgemäß bei der Versammlungsbehörde angezeigt. Ebenfalls für den 3. Oktober 2025 wurde eine Gegenversammlung zum Thema „Kein brauner Aufmarsch unter dem Hermann!“ auf dem Detmolder Bahnhofsvorplatz angezeigt. An der Versammlung „gegendasgendern“ nahmen ca. 200 Personen und an der Gegendemonstration ca. 300 Personen teil. Nach derzeitiger polizeilicher Kenntnis kam es während der in der Fragestellung angesprochenen Versammlungslage zu keinem strafrechtlich relevanten Verhalten.

„Gegendasgendern“ hat im Vorfeld umfangreich in den sozialen Netz-werken für die Versammlung am Hermannsdenkmal geworben und zur Teilnahme aufgerufen. Dies wurde in sozialen Netzwerken geteilt und von anderen Profilen verbreitet, u. a. auch von rechtsextremistischen Gruppierungen. Am 22. September 2025 teilte die „Freischar Westfalen“ auf ihrem Profil in den sozialen Netzwerken die Veranstaltungsankündigung und warb somit ebenfalls für eine Teilnahme. Es konnten einige Rechtsextremisten aus der Region Ostwestfalen-Lippe als Teilnehmer identifiziert werden, darunter Personen, die mit der Gruppierung „Aktion Hermannsland“ in Verbindung stehen. Die in Ostwestfalen-Lippe ansässige Gruppierung „Aktion Hermannsland“ wird von einem Rechtsextremisten angeführt, der zuvor langjährig in den Jungen Nationalisten (JN) aktiv war.

Aufgrund der Vielzahl der im digitalen Raum agierenden Akteurinnen und Akteure kann gleichwohl keine abschließende Bewertung vorgenommen werden, ob zwischen dem betreffenden Account und rechtsextremen oder rechtspopulistischen Gruppen oder Einzelpersonen eine inhaltliche Zusammenarbeit oder sonstige Form der Vernetzung besteht.

3. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung, wie erfolgreich Versuche rechtsextremer oder rechtsradikaler Akteure sind, Anschluss an bürgerlich-konservative Akteure oder deren Veranstaltungen zu erlangen?

Innerhalb des Rechtsextremismus sind Versuche feststellbar, die öffentliche Stigmatisierung des Rechtsextremismus aufzubrechen. Dieser Prozess zielt darauf ab, fremdenfeindliche und autoritäre Argumente im politischen Diskurs zu normalisieren und damit anschlussfähig für breite Teile der Gesellschaft zu machen. Rechtsextremistische Gruppierungen versuchen etwa, durch mediengerecht inszenierte Aktionen öffentliche Aufmerksamkeit zu erhalten und verbreiten ihre rechtsextremistische Agitation, insbesondere für die Zielgruppe Jugendliche und junge Erwachsene entsprechend aufbereitet in den sozialen Medien.

Feststellbar ist, dass rechtsextremistische Akteure bestrebt sind, ihren Resonanzraum über die eigene Szene hinaus stetig zu erweitern. Dabei bedienen sie sich verschiedenen Methodiken und Taktiken. Sie arbeiten aktiv daran, gesellschaftliche Diskurse zu verschieben, sodass ihre ideologischen Ansichten von einem Teil der Bevölkerung als normal erachtet und toleriert werden. Darüber hinaus nutzen Rechtsextremisten Türöffner-Themen, um eine breitere Öffentlichkeit zu erreichen. Dies konnte man etwa nach dem islamistischen Anschlag in Solingen am 23. August 2024 beobachten, als in den darauffolgenden Tagen zwei rechtsextremistische Versammlungen durchgeführt wurden, auf denen „Ausländer raus“ beziehungsweise „millionenfache Remigration“ gefordert wurde.